

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 21. Juni 2003

114. Jahrgang Nr. 31.411

Intervention des PAMI

Streit um Rentnersozialwerk gipfelt in Kontrolluntersuchung / Kongress stimmt zu

Buenos Aires (AT/JW) - Das Parlament hat am Donnerstag einen Gesetzesentwurf der Regierung von Präsident Néstor Kirchner verabschiedet, der eine Intervention des Rentnersozialwerks PAMI vorsieht. Demnach kann die Regierung für einen Zeitraum von 180 Tagen eine Kontrolluntersuchung des PAMI anordnen. Bereits in der Nacht auf Donnerstag hatte der Senat dem Antrag der Nationalregierung auf Intervention zugestimmt.

Der Konflikt um das Rentnersozialwerk, das eigentlich Instituto de Servicios Sociales para Jubilados y Pensionados heisst, hatte sich vor zwei Wochen zugespitzt, als Kirchner per Entscheid die Führungsspitze zum Teil erneuerte. Damals traten der neue Präsident Juan Horacio González Gaviola und Direktor José Ramón Granero ihre Ämter an. Mit der Umbesetzung sollte die „kartellhafte Führung“ des PAMI erneuert

werden, wie Kabinettschef Alberto Fernández bereits vor 14 Tagen erklärte.

Aus der mehrköpfigen PAMI-Spitze schieden nach tagelangem Tauziehen jetzt die Gewerkschaftsvertreter Domingo Petrecca und Reynaldo Hermoso (CGT) aus.

Beide stehen dem Senator Luis Barrionuevo (PJ-Catamarca) nahe, der als „starker Mann“ des PAMI gilt. Barrionuevo verbindet eine innige Feindschaft mit Kirchners Ehefrau und Senatorin Cristina Fernández. Am Mittwoch hiess es aus der Antikorruptionsbehörde ((OA), Petrecca und Hermoso hätten bereits Gerichtsverfahren anhängig, was ihnen die Ausübung öffentlicher Ämter nicht erlaubt. Die CGT hat nun 15 Tage Zeit, zwei neue Mitglieder zu ernennen.

Barrionuevo reagierte auf die Intervention gelassen: „Ich bin nicht der Chef einer Mafia, wie

unterstellt wird.“ Zugleich dementierte er, auf Petrecca und Hermoso Einfluss zu haben. Dem neuen PAMI-Präsidenten González García warf Barrionuevo vor, „Herr und Gebieter“ des Werks sein zu wollen.

Seit Jahren steht das Sozialwerk im Verruf, eine Hochburg der Korruption und ein Selbstbedienungsladen für Spitzenfunktionäre zu sein. Das neue Führungsduo González Gaviola und Granero kündigte daher an, eine „interne Gesundung“ der grössten Krankenkasse des Landes mit einem jährlichen Haushalt von zwei Milliarden Pesos anzustreben. Davon betroffen ist auch das eigene Gehalt, das nach einem Dekret von Präsident Kirchner nicht mehr als 3000 Pesos monatlich plus Spesen betragen darf.

Der Chef des Einzelhandelsverbandes, Armando Cavalieri, kritisierte das Vorgehen der Regierung Kirchner. Das „Problem“ sei

falsch angegangen worden: „Man hätte die Unabhängigkeit des PAMI wahren sollen“, sagte Cavalieri. Wohle man die Korruption im PAMI ausmerzen, müsse nicht interveniert, sondern das Sozialwerk gänzlich geschlossen werden. 12.000 Mitarbeiter für vier Millionen Begünstigte sei eine falsche Relation, sagte Cavalieri und verwies auf die Krankenkasse des Einzelhandelsverbandes, in der auf 1,5 Millionen Bezieher 1700 Beschäftigte kämen.

Unterdessen besetzten am Mittwoch rund 200 „Piqueteros“, darunter Angehörige der Arbeitslosenverbände MIJD und CTA, den Eingangsbereich des PAMI-Gebäudes in der Innenstadt von Buenos Aires. Die Demonstranten, darunter viele Pensionäre, forderten den „Rücktritt der gesamten PAMI-Führung mit Ausnahme von González Gaviola und Granero“, wie MIJD-Chef Raúl Castells erklärte.

Deutsche Hilfe für Santa Fe

Botschafter Hans-Ulrich Spohn überbringt Hochwasseropfern Spenden

Buenos Aires (AT/JW) - Der deutsche Botschafter Dr. Hans-Ulrich Spohn hat den Hochwasseropfern von Santa Fe Hilfsgüter in Höhe von 62.000 Euro (rund 200.000 Pesos) überbracht. Die offizielle Übergabe erfolgte am Freitag in der Kleinstadt Monte Vera, teilte die deutsche Botschaft in einer Pressemitteilung mit. Die Spenden stellte das deutsche Auswärtige Amt zur Verfügung (siehe AT vom 17.05.).

Dabei handelt es sich neben Hygieneartikeln des täglichen Bedarfs um Matratzen und Bettzeug, die vom Roten Kreuz Deutschland zusammen mit dem Roten Kreuz Argentinien vor Ort verteilt werden. Die Spenden sollen „dazu beitragen, die Rückkehr der betroffenen Familien in ihre Häuser zu erleichtern“, heisst es in der Pressemitteilung der Botschaft weiter. Nachdem Deutschland in den vergangenen Monaten bereits mehrere Sachspenden für Krankenhäuser in Jujuy, San Juan und Catamarca tätigte, sei die Hilfe für die Opfer der Flutkatastrophe in Santa Fe „ein weiteres Zeichen der Solidarität Deutschlands mit Argentinien“.

Anfang Mai war in der Provinz Santa Fe binnen 48 Stunden so viel Regen niedergegangen wie sonst in einem Jahr. Dabei war vor allem der Río Salado über die Ufer getreten und hatte zwei Drittel der Provinzhauptstadt Santa Fe überschwemmt. Von dem Jahrhunderthochwasser waren allein in der Hauptstadt 150.000 Menschen betroffen, mindestens 24 kamen ums Leben. Neben Spenden aus Deutschland, Italien, Spanien und den USA war auch eine Spende der Schweizer Regierung in Höhe von 50.000 Dollar eingegangen.

Auch das Spendenaufkommen in Argentinien reist weiterhin nicht ab. Noch immer werden landesweit täglich tausende Artikel in den Sammelzentren abgegeben.

Während seines Aufenthaltes in Santa Fe führte Spohn auch Gesprä-

che mit der Provinzregierung und besuchte die Städte Rafaela und Esperanza. Ebenfalls am Freitag übergab der deutsche Botschafter ein Spektrophotometer im Wert von 10.000 Euro an die Universidad Nacional del Litoral.

Im Rahmen der deutsch-argentinischen wissenschaftlich und technologischen Zusammenarbeit, die seit 1969 besteht, werden jährlich rund 60 Kooperationsprojekte zwischen deutschen und argentinischen Forschungseinrichtungen gefördert. Im Zentrum steht dabei der Austausch von Wissenschaftlern und technischem Fachpersonal.

In den vergangenen Monaten hatte Deutschland bereits die Reisekosten der argentinischen Wissenschaftler übernommen und den Projekten in Argentinien Sachmittel in Höhe von 56.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit solle die „Weiterführung der Zusammenarbeit“ gesichert werden.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Justiz-Reform per Dekret

Präsident Kirchner will Einstiegsanforderungen für Oberrichter anheben

Buenos Aires (AT/JW) - Präsident Néstor Kirchner hat in der Auseinandersetzung mit dem Oberten Gerichtshof ein weiteres Signal gesetzt. Am Mittwoch unterzeichnete der 53-Jährige ein Dekret, das eine weit reichende Reform bei der Auswahl der Obersten Richter vorsieht.

Vor zwei Wochen erst hatte das Parlament auf Antrag Kirchners den Weg frei gemacht für einen „politischen Prozess“ und damit eine mögliche Absetzung des in die Schusslinie geratenen Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Julio Nazareno.

Nach dem Dekret 222, das am Freitag im Amtsblatt veröffentlicht wurde, müssen die Aspiranten fortan unter anderem eine notariell beglaubigte Einkommens-

erklärung sowie ein polizeiliches Führungszeugnis einreichen. Auch soll es etwa Menschenrechtsorganisationen möglich sein, offiziell Einschätzungen über die Bewerber abzugeben. Die Exekutive muss dann binnen eines Monats entscheiden, ob sie den Aspiranten dem Senat zur Abstimmung empfiehlt.

Kommentatoren sahen in den neuen Regelungen ein „Zeichen der Transparenz“. Präsident Kirchner sagte, das Dekret erschwere es potentiellen Oberrichtern, „Kompromisse einzugehen, die nicht kompatibel mit der Aufgabe“ seien. Mit der Reform sei ein „irreversibler Weg“ eingeschlagen worden, der über kurz oder lang die „politischen und juristischen Institutionen wieder mit

der Gesellschaft versöhnen“ werde, erklärte der Präsident im Salón Blanco der Casa Rosada in Gegenwart seines Kabinetts und zahlreicher Parlamentarier.

Wenige Stunden nach der Ankündigung Kirchners lud die „Kommission für den politischen Prozess“ des Parlaments Nazareno für kommenden Donnerstag zur Aussage vor. Der von José Ricardo Falú (PJ-Tucumán) geleitete Ausschuss muss Anfang Juli einen Abschlussbericht vorlegen. Dieser wird für den 3. Juli erwartet.

Nazareno wird „schlechte Amtsführung“ vorgeworfen. Mittlerweile ermittelt die Kommission in mindestens 14 Fällen gegen den Präsidenten des Obersten Gerichts. Der Prozess gilt als Exempel der Regierung Kirchner, da

Nazareno einst von Ex-Präsident Carlos Menem ins Amt gehievt wurde.

Nach Medienberichten plant Nazarenos Verteidigung, nicht nur die Einstellung des „politischen Prozesses“ zu erreichen, sondern eine rückwirkende Rechtsunwirksamkeit. Er denke überhaupt nicht daran, sein Amt zu verlassen, wird Nazareno aus seinem Umfeld zitiert.

Zugleich kritisierte Nazarenos Stab, dass die Kommission dem Oberrichter nur fünf Werktage Zeit gab, eine Verteidigung aufzubauen. Im vergangenen Jahr habe diese „Frist“ noch zwölf Tage betragen. Im Vorjahr war ein Versuch gescheitert, gegen alle Mitglieder des Obersten Gerichtshofs einen „politischen Prozess“ einzuleiten.

Nur mit der UNO im Irak

Kaum im Amt, wurde der Regierung seitens der US-Regierung angetragen, am Wiederaufbau des Irak mit Soldaten mitzuwirken, wie es einige Alliierte der USA längst tun. Das Aussenamt entzog sich der Falle, die ihr gestellt worden war, indem sie sich auf den Standpunkt stellte, dass sie in militärischen Missionen zur Erhaltung des Friedens nur mit einem UNO-Mandat beiträgt. Zur Zeit von Präsident Menem hatten die Streitkräfte etwa an einem Dutzend Friedensmissionen mit sogenannten Blauhelmen mitgemacht, allesamt unter den Fittichen der UNO.

Anders zu entscheiden, zumal Argentinien vor mehreren Jahren von Washington mit dem Prädikat ausgezeichnet worden war, Sonderalliiertes der USA ausserhalb der NATO zu sein, hätte bedeutet, dass eine Mission argentinischer Soldaten im Irak zwecks Wiederaufbau dem Oberkommando der Vereinigten Staaten unterstellt worden wäre. Auf diese Falle sowie die andere, dass damit klammheimlich der präventive Angriffskrieg der USA, Grossbritanniens und anderer Alliierten gebilligt worden wäre, ist die Regierung nicht eingegangen. Expräsident Duhalde hatte damals den Krieg verpönt, ebenso Gouverneur Kirchner, als es hiess, ohne die Billigung der UNO mache Argentinien auf keinen Fall mit.

Inzwischen hat sich die Regierung zu einer Geste des guten Willens durchgerungen. In New York erklärte sich Aussenminister Rafael Bielsa im Gespräch mit UN-Generalsekretär Kofi Annan bereit, eine Soldatenmission nach Irak auf Gesuch der UNO zwecks Friedensstiftung zu entsenden. Die Soldaten werden somit den Weisungen der UNO gehorchen, nicht der US-Armeeführung, und sich nicht dem Wiederaufbau des Iraks, sondern der Erhaltung des Friedens widmen, was immer man sich darunter vorstellen mag.

Im Ausschuss über Entkolonialisierungen der UNO vertrat Bielsa den traditionellen Standpunkt Argentinien, wonach Grossbritannien zu Verhandlungen über die Souveränität der Malwinen zu verleiten ist. Zahlreiche Resolutionen der UNO haben Grossbritannien seit 1967 vergeblich zur Verhandlung aufgefordert, die die in New York anwesenden Sprecher der Malwinenser, genannt Kelpers, ablehnen, weil sie die Inseln als autonom betrachten. Immerhin begrüsst Bielsa die beiden Kelpers in New York mit Handschlag, welche Geste sein Vorgänger Adalberto Rodríguez Giavarini verweigert hatte. Eine Bezirzung der Kelpers mit Geschenken, wie sie der damalige Aussenminister Guido Di Tella geübt hatte, lehnte Bielsa freilich ab.

Um den inneren Frieden ist es in Irak nach dem Zusammenbruch des diktatorischen Regimes von Saddam Hussein keinesfalls rosiger bestellt. Die Iraker, die entweder immer noch zugunsten Husseins oder schlechthin gegen ausländische Besatzungstruppen eingestellt sind, weigern sich, ihre Waffen abzuliefern, wie es ihnen von der US-Besatzungsmacht vor-

geschrieben worden ist. Zudem finden laufend Attentate gegen US-Soldaten statt. Ob die Attentäter zwischen einer Besatzungsmacht, die sich dem Wiederaufbau nach den gewaltigen Zerstörungen durch Bombardierungen widmet, und einer Soldatenmission unterscheiden, die sich für die Erhaltung des Friedens einsetzt, bleibt abzuwarten. Sicherlich ist diese Friedensmission für die argentinischen Soldaten ungleich riskanter als die bisherigen Blauhelme in anderen Krisenländern.

Mit dieser Entscheidung hat die argentinische Regierung gegenüber Washington immerhin eine Geste vollzogen, wobei sie ihrer GrundsatzEinstellung treu blieb, nur einem UNO-Mandat Folge zu leisten und sich keinesfalls einer fremden Militärmacht zu unterwerfen. Als Sonderalliiertes der USA ausserhalb der NATO hat Argentinien zumindest das Gesicht gewahrt.

Randglossen

Die Regierung Präsident Kirchners urteilt mit zweierlei Mass über die Zuverlässigkeit ihrer Mitarbeiter. Der unlängst ernannte Rechtskonsulent der Exekutive, hierzulande als „Procurador del Tesoro“ bekannt, Carlos Sánchez Herrera, Sohn des von Terroristen ermordeten Generals Juan Carlos Sánchez, musste nach knapp zwei Wochen demissionieren, nachdem der Präsident in einem Artikel der Zeitung „Página/12“, die der Regierung deutlich nahe steht, erfahren hatte, dass Sánchez Herrera den früheren General Juan Bautista Sasain verteidigt hatte. Dem General werden Delikte aus der Zeit der Militärregierung vorgehalten. Hingegen wurde der damalige Verteidiger des Chefterroristen Santucho, Eduardo Luis Duhalde, der mit dem gleichnamigen Expräsidenten nicht verwandt ist, zum Staatssekretär für Menschenrechte im Justizministerium ernannt. Sánchez, paradoxerweise Vertrauensanwalt Kirchners als Gouverneur in Santa Cruz, musste gehen, Duhalde bleibt.

In Arequito, eine Kleinstadt in der Provinz Santa Fe mit rund 7.000 Einwohnern, revoltierten 2.000 aufgebrachte Bürger nach der Ermordung des Wärters einer Disco durch Delinquenten einer Notstandssiedlung, hierzulande als „Villas“ bekannt. Die Verbrecher mussten von der Polizei nach einer benachbarten Stadt transportiert werden, um sie der Lynchjustiz zu entziehen. Die aufgebrachten Bürger forderten die Aussiedlung von zwanzig Bewohnern der Notstandssiedlung, damit endlich persönliche Sicherheit herbeigeführt werden können. In Bella Vista, südwestlich der Bundeshauptstadt, forderten die Bürger ebenfalls die Aussiedlung von Delinquenten, die in Notstandssiedlungen leben und die Gegend verunsichern. Gleiches gilt für zahllose andere Notstandssiedlungen, allen voran die berühmte „Villa 31“ unweit Retiro, die durch eine Mauer oder ein Gitter von den Ausfallstrassen Libertador und Figueroa Alcorta getrennt werden soll, als ob das nützen würde. Das Thema persönliche Sicherheit brennt und die Regierung schaut woanders hin.

Perón soll exhumiert werden

Buenos Aires (dpa/AT) - Fast 30 Jahre nach seinem Tod soll Ex-Präsident Juan Domingo Perón für einen Vaterschaftstest exhumiert werden. Den sterblichen Überresten solle auf richterliche Anordnung eine DNA-Probe entnommen werden, teilte ein Justizsprecher am Donnerstag mit. Das Gericht entsprach damit einem Antrag von Marta Susana Holgado, die behauptet, uneheliche Tochter des bedeutendsten Staatsschefs in der Geschichte Argentiniens zu sein und ihr Erbe einfordert.

Holgado hatte die juristischen Schritte 1993 eingeleitet. Bislang hatten sich die Anwälte der 65-Jährigen jedoch umsonst bemüht. In der Vergangenheit hatte der Richter Alberto Baños eine Exhumierung abgelehnt, da keine ausreichenden Beweise vorgelegen hätten, hiess es in Medienberichten. Nach einem Bericht der Zeitung „La Nación“ vom Freitag habe das Gericht jetzt der DNA-Probe zugestimmt, nachdem drei „glaubwürdige Zeugen“ erklärt hätten, Perón sei Holgados Vater. Holgado habe sich bereits Blut abnehmen lassen, hiess es weiter. Sie warte nun auf die Ergebnisse der DNA-Analyse.

Perón, der drei Mal verheiratet war, hatte nach offiziellen Angaben keine Kinder. In zweiter Ehe war er mit Eva María „Evita“ Duarte verheiratet. Der im Oktober 1895 geborene Perón gilt als einer der wichtigsten Politiker Lateinamerikas des 20. Jahrhunderts.

Er war von 1948 bis zu seinem Sturz 1955 Staatschef. Dieses Amt hatte er ein zweites Mal von 1973 bis zu seinem Tod am 1. Juli 1974 inne. Ihm folgte seine dritte Frau María Estela „Isabelita“ de Perón, die am 24. März 1976 durch einen Putsch aus der Casa Rosada gejagt wurde und heute zurückgezogen in Madrid lebt. Einer Einladung zur Amtseinführung des aktuellen Präsidenten Néstor Kirchner im Mai war sie nicht nachgekommen.

WOCHENÜBERSICHT

Strategiesuche bei UCR

Die UCR-Kandidatin für das Gouverneursamt in der Provinz Buenos Aires, Margarita Stolbizer, hat sich am Mittwoch mit den 64 radikalen Bürgermeistern der Provinz getroffen. Im Mittelpunkt der Unterredung in La Plata stand die Strategiesuche für einen erfolgreichen Wahlkampf. Den Radikalen droht nach der vernichtenden Niederlage bei der Präsidentschaftswahl im April (Leopoldo Moerau 2,5 Prozent) auch bei den Gouverneurswahlen in Buenos Aires am 14. September ein Debakel.

Annäherung Kirchner-Ibarra

In der letzten Woche vor dem Meldeschluss der Formeln für die Bürgermeisterwahlen von Buenos Aires am kommenden Dienstag hat Stadtregierungschef Anibal Ibarra die Annäherung zu Präsident Néstor Kirchner gesucht. Der um eine Wiederwahl bemühte Oberbürgermeister erhofft sich durch die Allianz mit der Plattform des neuen Staatsschefs bessere Siegchancen am 24. August. Ibarra-Konkurrent Mauricio Macri mahnte Kirchner, Neutralität zu bewahren.

Alicia Kirchner bei Solá

Die Nationalregierung will in der Provinz Buenos Aires Arbeitsplätze schaffen. Sozialministerin Alicia Kirchner traf sich am Mittwoch mit Gouverneur Felipe Solá

und sagte Sozialpläne zu, „die Arbeitsplätze nach sich ziehen“. Kirchner spezifizierte ihre Aussagen gegenüber der Presse nicht. Ebenfalls am Mittwoch traf sich Solá auch mit Hauptstadt-Bürgermeisterkandidat Mauricio Macri.

Neues Mediengesetz

Der Senat hat am Mittwoch einstimmig einem Gesetzesentwurf zugestimmt, der die Übernahme argentinischer Medien durch ausländische Investoren begrenzt. Demnach dürfen ausländische Beteiligungen etwa an Fernsehkanälen nur noch maximal 30 Prozent betragen. Das Gesetz bezieht sich auch auf Film- und Fernseh-Produktionsgesellschaften sowie Internet-anbietern.

Günstige Mieten

Die Büromieten in Buenos Aires sind im internationalen Vergleich so günstig wie seit Jahren nicht mehr. Nach einer Studie des Immobilien-Maklers Cushman & Wakefield kostet der Quadratmeter Büromiete in Argentinien monatlich zwischen acht und zwölf Dollar. Damit liegt Buenos Aires bzw. Argentinien an 34. Stelle von 39 untersuchten Städten. An der Spitze liegen London und Tokio (je 90 Dollar). Vor zwei Jahren waren in Buenos Aires noch Monatsmieten von bis zu 40 Dollar je Quadratmeter zu zahlen. Kaufkraftver-

gleiche etwa zwischen Peso und Dollar wurden in der Studie nicht berücksichtigt.

Hoffnung für Saldaño

Neue Hoffnung für den in den USA zum Tode verurteilten Argentinier Víctor Hugo Saldaño. Ein Bundesgericht in Beaufort (US-Bundesstaat Texas) kam am Mittwoch zu der Auffassung, das 1996 gegen den heute 31-Jährigen gefällte Todesurteil sei „rassistisch“ beeinflusst. Bereits im Jahre 2000 hatte das Oberste Gericht in den USA einen „rassistischen Faktor“ in dem Todesurteil von 1996 erkannt. Saldaño hatte im November 1995 in der texanischen Stadt Plano gemeinsam mit einem mexikanischen Komplizen den US-Amerikaner Paul Ray King überfallen, ausgeraubt und ermordet. Sollte das Todesurteil revidiert werden, droht dem Mann aus Córdoba eine lebenslange Haft.

Klassenfahrt gerettet

Trotz der Schliessung der Fluglinie LAPA werden rund 3000 Mittelschüler aus der Bundeshauptstadt ihre Abschlussfahrt im kommenden Monat nach Bariloche unternehmen. Nach Medienberichten vom Mittwoch einigten sich das Staatssekretariat für Tourismus und Elternverbände darauf, die Reise mit der Busgesellschaft El Rapido zu unternehmen. Für die

bereits getätigten Ratenzahlungen an LAPA soll die Nationalregierung aufkommen. Die Verhandlungen hierüber sind noch im Gange.

Provinzmorde

Mehr als 2000 Menschen haben am Dienstag in Arequito (Santa Fe) der Beerdigung von Luis Pedro Cignoli beigewohnt. Der 29-Jährige war in der Nacht auf Montag beim Verlassen einer Diskothek mit mehreren Messerstichen getötet worden. Zwei Tatverdächtige sitzen in Haft. Sie waren bereits 1993 eines Mordes verdächtigt, dann aber freigesprochen worden. Auch in dem Städtchen Arrecifes (Buenos Aires) ging die Bevölkerung am Donnerstag auf die Strassen, um ihre Bestürzung über die Ermordung eines Händlers zu manifestieren. Hunderte zogen durch die Strassen und skandierten „Gerechtigkeit“.

Zerstückelte Leiche

Im Grossraum Buenos Aires ist eine zerstückelte Leiche aufgetaucht. Nach Medienberichten vom Donnerstag wurden die Reste bereits identifiziert. Demnach handelt es sich um eine 48-jährige Frau, die in einer psychiatrischen Anstalt in Temperley behandelt wurde. Die Frau sei vor der Ermordung vergewaltigt worden, hiess es. Nicht finden konnte die Polizei zunächst die Hände und den Kopf des Opfers.

Hockey

Bissige „Löwinnen“

Die argentinischen Hockeydamen haben auch das letzte von vier Testspielen gegen die USA gewonnen. Am Sonntag siegten die „Leonas“ in Rosario klar mit 7:0. Die vorherigen Begegnungen endeten 3:0, 1:1 und 3:0. Unterdessen reiste das Herren-Team am Montag nach Hamburg, wo vom 27. bis 29. Juni ein Vierländerturnier stattfindet.

Tennis

Suárez siegreich

Paola Suárez hat das WTA-Turnier von Wien gewonnen. Die 26-Jährige setzte sich am Sonntag im Finale in der Wiener Stadthalle mit 7:6, 2:6, 6:4 gegen die Kroatin Karolina Sprem durch und erhielt eine Siebprämie von 27.000 Dollar. Für die Erste der Doppelweltrangliste aus Pergamino (Buenos Aires) war es der dritte Einzelerfolg ihrer Karriere.

Boxen

Acuña gescheitert

Auch im zweiten Anlauf hat es nicht gereicht: Marcela „Tigresa“ Acuña verlor am Sonntag vor 1.500 Zuschauern in Bolívar (Buenos Aires) den Revanchekampf um den Weltmeistertitel nach WIBF-Version gegen die amtierende Weltmeisterin Alicia Ashley. Nach dem unstrittenen Sieg im vergangenen November in Córdoba siegte die Jamaikanerin diesmal einstimmig nach Punkten.

Hockey

Masotta-Rücktritt

Karina Masotta (32) hat nach 13 Jahren ihren Rücktritt aus der argentinischen Nationalmannschaft erklärt. Die 205-malige Nationalspielerin hatte als Spielführerin massgeblichen Anteil am WM-Sieg 2002 und Olympia-Silber 2000. (dpa/AT/pha)

TABELLEN

Fußball

Copa Libertadores Halbfinale, Rückspiele

Independiente Medellín - FC Santos 2:3 (Hinspiel 0:1), América de Cali - Boca Juniors 0:4 (0:2).

Tore für Boca: Tevez (13. 23.), Schiavi (40., Elf.), Delgado (77., Elf.)

Finale: Boca - Santos am 25.06. und 02.07.

Torneo Clausura

16. Spieltag: Lanús - River Plate 3:4, Boca - Arsenal 2:2, Racing Club - Vélez 2:2, Gimnasia LP - Chacarita 1:0, San Lorenzo - Huracán 4:0, Newell's - Estudiantes LP 0:0, Banfield - Talleres 1:0, Unión - Independiente 0:1, Nueva Chicago - Rosario Central 0:3, Olimpo BB - Colón 0:0.

Tabellenspitze: 1. River 37 Punkte, 2. Boca 36, 3. Vélez 35.

Revival

Buenos Aires (AT/JW) - Noch können es beide schaffen: Nach den Halbfinal-Rückspielen in der Copa Libertadores unter der Woche darf nicht nur Brasiliens Meister FC Santos weiter auf die Krönung seiner fast schon wundersamen Auferstehung nach jahrelanger Durststrecke hoffen. Auch die Boca Juniors können das Comeback ihres Erfolgstrainers Carlos Bianchi, der nach einem Sabbat-Jahr im vergangenen Januar erneut bei den „xeneizes“ anheuerte, mit dem Gewinn der südamerikanischen Meisterliga vergolden.

Dementsprechend strahlte der Glatzkopf nach dem 4:0 (3:0)-Sieg seiner Blau-Gelben am Donnerstag bei América Cali auch über das ganze Gesicht: „Es ist eine große Ehre für uns, im Finale zu stehen“, sagte Bianchi nach dem unerwartet leicht herausgespielten Sieg, dem bereits ein 2:0 im Hinspiel vorausgegangen war. Der Coach muss es wissen, hat er Boca doch bereits 2000 und 2001 zum Libertadores-Titel geführt.

Am Mittwoch hatte Pelés Ex-Klub Santos erstmals seit 40 Jahren wieder das Finale der Copa Libertadores erreicht, in dem die Brasilianer 1963 ausgerechnet die Boca Juniors bezwangen. Mit 3:2 (1:1) setzten sich Pelés Erben nun bei Independiente Medellín durch. Schon das Hinspiel hatten die vom ehemaligen Nationaltrainer Emerson Leao betreuten Schwarz-Weißen mit 1:0 gewonnen.

Ein Favorit ist vor den beiden Finalspielen am kommenden Mittwoch in der „Bombonera“ und am 2. Juli im Morumbí in Sao Paulo nicht auszumachen.

AUSFLÜGE UND REISEN

Sonnwendfeiern in der Quebrada

Übermorgen, Montag, den 23., finden in der Quebrada de Humahuaca die Feierlichkeiten zum Gedenken an San Juan Apóstol statt, der von der dortigen Bevölkerung in besonderer Masse verehrt wird. Aus diesem Anlass leuchten bei Dunkelwerden überall die auch in Europa üblichen Johannisfeuer auf.

Die „Feuerlichkeiten“ beginnen aber eigentlich schon in der Nacht von heute zum morgigen Sonntag, und zwar genau am Wendepunkt des Steinbocks, dessen Denkmal sich unweit der Ortschaft Huacalera im Mittelteil der Quebrada erhebt. Hier versammeln sich seit einigen Jahren - in Anlehnung an das Inti-Raimy-Sonnwendfest der Incas - rund um die



Steinpyramide am Wendepunkt des Steinbocks, Huacalera.

Lagerfeuer Menschen, die während der längsten Nacht des Jahres singen und tanzen und damit ihre Freude über die baldige Rückkehr der Sonne bekunden, die von diesem Zeitpunkt immer mehr nach Süden zu wandern beginnt und am kommenden 21. Dezember, Tag der Sommer-sonnenwende, am selben Trópico de Capricornio mittags senkrecht am Himmel stehen und somit keinen Schatten werfen wird.

Mehr Flüge nach Salta

Seit der nahezu gleichzeitigen Bruchlandung von LAPA und Dinar wurden viele Provinzhauptstädte nur noch von Aerolíneas/Austral und teilweise von Southern Winds angefliegen. Für die Winterferien waren das schlechte Aussichten für Urlaubsziele im Landesinneren. Nun baut American Falcon sein Netz zügig weiter aus und beginnt ab Sonntag, den 29. Juni, mit einem regulären Dienst nach Tucumán und Salta. Auskunft über 4811-0576 und www.american@americanfalcon.com.ar

Info über Skipisten

Wer sich für den Wintersport interessiert, etwa Zufahrtsmöglichkeiten zu den Skizentren, Schneefall und -höhe an den Hängen, Temperatur und Wetter usw., erhält Auskunft über die Internet-Adresse www.lanacion.com.ar/turismoenargentina. Dieser Gratisdienst wird bis September geboten.

Marlú

Webseite über Tourismus in der Provinz Buenos Aires

In Zusammenarbeit stellten die Stadtverwaltungen von Balcarce, Bahía Blanca, Carhué, Chascomús, Junín, La Costa, Gral. Madariaga, Luján, Mar Chiquita, Gral. Pueyrredón, Gral. Alvarado, Monte Hermoso, Necochea, Pinamar, Tandil, Tres Arroyos und Villa Gesell, die sich zum „Consortio de Municipios Turísticos de Buenos Aires“ (COTAB) zusammengeschlossen haben, ihre Home-Page www.cotab.com.ar vor. Wie ihr Präsident Jorge Ziampris anhand von Projektionen anschaulich darstellte, wird diese Webseite dem Publikum ermöglichen, Informationen über sämtliche Angebote des Fremdenverkehrs der Provinz Buenos Aires zu erhalten.

Am 25. Juni von 14 bis 18 Uhr findet im Sheraton Libertador Hotel, Av. Córdoba 690, eine Veranstaltung über Winterferienziele statt, zu der das Publikum freien Zugang hat. Unter den Anwesenden sah man den Staatssekretär für Tourismus und Sport, Germán Luis Pérez, die Provinzsekretärin für Tourismus, Liz. María Teresa García, und Héctor Luis Baldo, den Bürgermeister von Villa Gesell.

Deutsche Technik, die Leben rettet

Krebs ist nach wie vor eine der Krankheiten, an der weltweit die meisten Menschen erkranken. Angeführt wird die traurige Riege vom Lungenkrebs. Amtlichen Statistiken zufolge sterben allein in Argentinien jedes Jahr rund 9000 Menschen an dieser schwer heilbaren Form des Krebses. Dies liegt unter anderem daran, dass die Ärzte ihn meist erst sehr spät erkennen. Hier soll das Autofluoroszenz-System Abhilfe schaffen, das dem Hospital de Clínicas in Buenos Aires vor kurzem von der deutschen Firma „Karl Storz“ gestiftet wurde.

Mittels einer optischen Sonde, die über den Mund eingeführt wird, erhält der Arzt Einblick in das Lungengewebe des Patienten. Bei dieser Form der Endoskopie verwendet der Mediziner ein spezielles Licht, das sogenannte Weißlicht, welches körpereigene Fluoreszenzstoffe (Kontrastmittel) in der Bronchialwand zur Eigenfluoreszenz anregt. Bösartige Zellen erscheinen dadurch rötlich schattiert auf dem Bildschirm und sind somit für den Arzt schneller und einfacher erkennbar.

Durch dieses Verfahren, das bereits seit 15 Jahren in Kanada, den USA, Japan und in einigen europäischen Ländern praktiziert wird, konnte die Früherkennungsrate von Lungenkrebs verdoppelt werden. Entwickelt wurde das System von dem Unternehmen Karl Storz im baden-württembergischen Tuttlingen. Der von Karl Storz gegründete Betrieb arbeitet seit über fünf Jahrzehnten an der Entwicklung von endoskopischen Instrumenten, bekannt wurde er insbesondere durch die Erfindung der Kaltlichtquelle.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 2,82. Die Terminkurse betragen zum 30.6. \$ 2,81, 31.7. \$ 2,85, 29.8. \$ 2,88, 30.9. \$ 2,92, 31.10 \$ 2,94 und 28.11. \$ 2,99.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,5% auf 782,91, der Burcapindex um 2,0% auf 1.813,51 und **der Börsenindex um 3,4% auf 33.956,42.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,6% auf \$ 1,6668.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 13.6.03 US\$ 11,45 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 21,82 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 11,66 Mrd. bzw. \$ 21,56 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 11,46 Mrd. bzw. \$ 20,56 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 11,55 Mrd. bzw. \$ 15,34 Mrd.

Die Firmen Metrogas und Gasnor haben gefordert, dass das Gesetz über die Umrüstung öffentlicher Verkehrsmittel auf Pressgasbetrieb vom Parlament verabschiedet werde. Sie rügen die Erdölgesellschaften die sich gegen das Vorhaben aussprechen und haben bereits einen auf Pressgasbetrieb umgerüsteten Bus vorgestellt.

Von ihren Gesamtanlagen für \$ 12,71 Mrd. besitzen die Versicherungsgesellschaften \$ 8,17 Mrd. in Staatspapieren. 64% ihrer Anlagen werden demnach umstrukturiert. Zum 31.12.02 hatten die Gesellschaften nach Angaben ihrer Überwachungsbehörde 6% ihren Anlagen in Aktien und 15% in Fristeinlagen. Nach den neuen Bestimmungen können Versicherungsgesellschaften bis zu 50% ihrer Aktiven im Ausland anlegen und 20% in Unternehmen der selben Branche.

Die Unternehmen, die öffentliche Bauten durchführen, haben einen schwelenden Konflikt mit der Regierung. Es handelt sich um 150 Strassen, Wasserwerke und andere Infrastrukturvorhaben, die sich Ende 01 im Bau befanden, bei denen zusätzliche Kosten als Folge der Abwertung von Januar 02 entstanden sind, die sich auf etwa \$ 500 Mio. beziffern. Die Verhandlungen wurden durch Dekret 1295/02 geregelt, das ein kompliziertes Verfahren vorschrieb. Bisher konnte jedoch keine Entscheidung der Regierungsunterhändler erreicht werden. Die betroffenen Unternehmen erwägen, ob sie den Fall der Justiz vorlegen.

Die nationale Fernverbindungskommission (CNC) hat dem Unternehmen Correo Argentino verboten, ein neues Gebäude in San Juan in Betrieb zu nehmen. Die Einweihung war für den 13.6. vorgesehen. Das

Postunternehmen, das die Staatspost übernommen hat, will zahlreiche Gebäude, für die Publikumsbedienung zurückgeben und andere einsetzen, die besser gelegen sind und sich besser für den Postdienst eignen.

Gewinnsteuer-Beitragspflichtige müssen ab August geringere Vorauszahlungen leisten. Die Wirtschaftsführung berücksichtigt die Erhöhung der abzugsfähigen Familien- und Sonderbelastungen, wie der allgemeine Beschluss 1518 des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) für Einzelpersonen und ungeteilte Nachlässe vorschreibt. Die abschreibbaren Beträge ändern sich ab \$ 2.040 auf \$ 2.400 für Familien, für Kinder und andere Verpflichtungen von \$ 1.020 auf \$ 1.200. Der Steuersatz für Sonderbelastungen von \$ 13.500 auf \$ 18.000 und für Gehälter und Renten von \$ 4.500 auf \$ 6.000. Für die neue Anzahlungsberechnung muss der Steuerpflichtige bis zum Fälligkeitstermin mit der eidesstattlichen Erklärung auf dem Formular Nr. 478 demselben eine genaue Abrechnung für das Steuerjahr 03 belegen.

R. Gutiérrez, Präsident der Bank der Provinz Buenos Aires (Bapro) erklärte, nach der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise des gesamten Bankwesens sei die Bapro saniert und kapitalisiert. Die Aussen-schulden der Bank seien fast vollkommen beglichen; es würden nur mehr US\$ 270 Mio. geschuldet.

Die Belebung des Immobilienmarktes ging im Mai zurück. Die Nachfrage schrumpfte gegenüber dem Vormonat um 51%. Gegenüber dem Vorjahresmai war sie um 4,5% grösser, wie der Immobilienbrater CDI bekanntgab. Der Bericht stützt sich auf Anzahl und Beträge der Verkäufe von Büroräumen und Wohnungen im Verhältnis zu den Durchschnittspreisen derselben. Der Rückgang wird auf die Möglichkeit, Immobilien mit Zertifikaten für eingefrorene Bankeinlagen zu erwerben, zurückgeführt. Tatsächlich wachse der Immobilienmarkt in den letzten 10 Monaten langsam und stetig, obwohl er sich weiter unter den Umsätzen der letzten 6 Jahre befindet. In den letzten 5 Jahren vor 02 betrug den Maiumsätze um die 95,45 Punkte, die des Mai 03 59,64 Punkte.

Die Provinz Entre Rios hat die Lastenhefte für die internationale Ausschreibung aufgelegt, um für die Stadt Concepción der Uruguay Hochwasser-Schutzbauten für \$ 18 Mio. durchzuführen. Die Angebote haben bis zum 29.7.03 zu erfolgen. Die Vorhaben werden von der Weltbank und der Japanischen Bank für Internationale Zusammenarbeit finanziert.

Microsoft unterzeichnet mit der Unicen (Universidad del Centro de

la Provincia de Buenos Aires), mit Sitz in Tandil, ein Abkommen, demzufolge sich die Firma in der Software- Entwicklungszentrale der Universität installieren wird. Die Unicen hat im März die Zentraltale geschaffen, um Unternehmen anzuziehen, die ihre Entwicklungsingenieure beschäftigen können. Die erste Firma die annahm, war IFA (Idea Factory Soft) der Boris Garfunkelgruppe.

Zum Unterschied mit den Fälligkeiten bei der Weltbank hat die Wirtschaftsführung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) die Fälligkeit von US\$ 626 Mio. fristgerecht bezahlt, ohne die 30tägige Karenz auszunützen. Die Schuld wird mit einem wesentliche Teil des Finanzüberschusses des Vormonates bezahlt.

Toyota errichtet in Campana, Provinz Buenos Aires, eine Kfz-Zulieferindustrie. Zusammen mit Araco Argentina wird sie in den Bau US\$ 11 Mio. investieren. Wie das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) bekanntgab, soll die Fertigung 04 aufgenommen werden.

Nachdem die Betreiberin des Wasserdienstes der Provinz Buenos Aires, die Firma Azurix, die US-Kapitalgebern gehört, Anfang 01 die Konzession aufgegeben hat, weil die Provinzregierung die Bedingungen derselben nicht erfüllt hat, hat das Provinzparlament der Regierung Vollmachten erteilt, um den Wasserdienst neu zu organisieren. Durch das Provinzdekret 878 wurde jetzt bestimmt, dass der Dienst von der Provinzverwaltung, Gemeinden, Privatunternehmen und Konsumgenossenschaften geleistet werden kann. Bei der Tarifstruktur müssen „soziale Tarife“ für die ärmere Bevölkerung berücksichtigt werden, wobei der Tarif allgemein in zwei Komponenten aufgeteilt wird, einer für die Kosten der Betreibung und Instandhaltung und eine andere für Investitionen. Ausserdem wird ein neues Kontrollorgan (OCABA) geschaffen und Bestimmungen über die Konzessionäre erlassen.

Der Gesamtbetrag der Bankkredite ist zwischen Ende Dezember 02 und Juni 03 laut ZB-Angaben von \$ 35,1 Mrd. um 11,8% auf \$ 30,95 Mrd. zurückgegangen. Im Einzelnen waren die Verringerungen wie folgt: Hypotekarkredite von \$ 11,32 Mrd. um 10,1% auf \$ 10,18 Mrd.; Kredite an Unternehmen, ohne Garantie, von \$ 6,69 Mrd. um 11,5% auf 5,92 Mrd.; Kontokorrentvorschüsse von \$ 3,19 Mrd. um 7% auf \$ 2,97 Mrd.; Kredite an physische Personen von \$ 2,65 Mrd. um 19,9% auf \$ 2,13 Mrd.; Kredite an Kreditkarteninhaber von \$ 2,14 Mrd. um 5% auf \$ 2,04 Mrd.; Pfandkredite von \$ 2,12 Mrd. um 21,5% auf \$ 1,66 Mrd.

Seit der Sozialplan der Subvention von \$ 150 monatlich an Familienoberhäupter vor einem Jahr be-

gonnen wurde, hat der Staat \$ 3,81 Mrd. aufgewendet, wobei 2,1 Mio. Personen jeden Monat den Zuschuss erhalten. Bis April haben sich nur 473 Unternehmen dem System angeschlossen, nach dem sie Arbeiter und Angestellte einstellen und den Zuschuss von \$ 150 beantragen können, der vom normalen Lohn oder Gehalt abgezogen wird. Es handelt sich nur um 1.089 Arbeitnehmer.

Nach Agaben des internationalen Verbandes der Luftfahrtgesellschaften IATA lagen die Tarife beim argentinischen Binnenverkehr in Pesos in den ersten 5 Monaten um 153% über dem Vorjahr, und in Dollar um 85% darüber, wobei die Zahl der Passgiere um 10% geringer war.

Gemäss einer Erhebung der argentinischen Handelskammer haben 45% der befragten Einzelhändler keine Geschäftsverbindung mit Banken, während 35% nur Giro- und Sparkonten unterhalten. 11% unterhält Spardepositen bei Banken und nur 9% haben Schulden durch gewährte Kredite. In der Stadt Buenos Aires haben nur 3,6% der Befragten Schulden an Banken, während 51,3% die Banken nur operativ verwenden und 45,1% überhaupt keine Beziehung zu ihnen haben, also praktisch nur Bargeschäfte tätigen.

Ab dem kommenden Monat sollen die Unterstützungen an arbeitslose Familienoberhäupter in Barem ausbezahlt werden. Bisher erfolgte die Zahlung mit Lecop-Bonds.

Die Regierung hat die verdoppelten Entlassungsentzündigungen um weitere 180 Tage verlängert. Trotz der leichten Erholung der Wirtschaft, sei die Arbeitslosigkeit noch gross. Gewerkschaften erklären, dass Betriebe häufig kündigen und unmittelbar darauf Personal ausserhalb der Tarifverträge oder direkt schwarz, aufnehmen. In diesem Jahr habe es 50.000 Kündigungen gegeben. Ausserdem gelte die doppelte Entschädigung nur bei ungerechtfertigten Entlassungen.

Mit dem Kauf der ZB von Lebac wechseln für \$ 203 Mio. am Dienstag beträgt der in Umlauf befindliche Betrag dieser Verpflichtungen \$ 6,03 Mrd. Die durchschnittliche Laufzeit dieser Wechsel beträgt derzeit knapp 180 Tage. Im Dezember

**KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

PORZELLANFIGUREN in weiss oder farbig (gute deutsche Manufakturen, Zeitraum 1890-1940) sucht Privatsammler in Deutschland, Fax: +49 2205 1691 / email: folker.doyes@freenet.de

Ausfuhrförderung in die Schweiz

Dank der persönlichen Bemühungen des Schweizer Botschafters in Argentinien, Armin Ritz, konnte er zusammen mit dem argentinischen Aussenministerium den Besuch von Dr. Markus Stern des SIPPO (Swiss Import Promotion Program) in Argentinien organisieren.

Das SIPPO organisiert mit dem Einsatz eigener Mittel Ausfuhrförderungen von kleinen und mittelstädtischen Unternehmen von Entwicklungsländern in die Schweiz. Es werden vier oder fünf Produktbereiche ausgewählt, von denen die Ausfuhrfähigkeit von vier bis sieben Unternehmen, die den gehobenen Anforderungen entsprechen, unterstützt wird.

Aus Argentinien kommen organische Lebensmittel, bei denen die Schweiz in Europa führend ist, deren Eigenproduktion jedoch die Nachfrage nicht befriedigen kann, ferner Kfz-Zulieferteile, von deren Qualitätsniveau schweizer Experten überrascht waren, Holz und Möbel, Leder und Schuhwerk sowie Textilien in Frage, bei denen Design und Qualität bei Badeanzügen und Sportbekleidung ebenfalls überraschen konnten.

Das SIPPO erstreckt sich über drei Jahre, in denen die argentinischen Exporteure mit potentiellen schweizer Importeuren zusammen gebracht werden. Es sucht nicht, einzelne Ausfuhrgeschäfte abzuwickeln, sondern anhaltende Geschäftsverbindungen zu schaffen. Im ersten Jahr sollen Gesprächsrunden und Seminare abgehalten und Werbematerial ausgearbeitet werden, anschliessend Messebesuche und andere Zusammenkünfte organisiert werden und im dritten Jahr sollen die Unternehmen in den Märkten der EU bereits fest Fuss gefasst haben.

Die Kosten pro Teilnehmerunternehmen werden, dank der ständigen Beratung und Unterstützung durch das SIPPO, im ersten Jahr US\$ 1.000, im zweiten US\$ 1.500 und im dritten US\$ 3.000 betragen. Die Reisekosten während des Dreijahresprogramms gehen zu Lasten der Unternehmen, die Aufenthaltskosten in der Schweiz, einschliesslich der Begleitung durch schweizerische Experten, zu Lasten des SIPPO.

Gemeinsame Mercosurpolitik

Im Zuge der von den Präsidenten da Silva und Kirchner angestrebten politischen Machtstellung des Mercosur wurde der argentinische Vorschlag angenommen, ein Institut für die monetäre Zusammenarbeit zu schaffen, das die Möglichkeit einer neuen Währung bearbeiten soll. Argentinien wünscht die Schaffung einer Regionalwährung mit der Deckung von 3% der Reserven der Mitgliedstaaten. Das würde rd. US\$ 1 Mrd. ergeben, die für den zwischenstaatlichen Fremdenverkehr und Warenaustausch eingesetzt werden sollen. Wirtschaftsminister Lavagna betonte dazu, dass es sich keinesfalls um eine Gemeinschaftswährung handle. Eine solche würde komplexe und langwierige Verhandlungen voraussetzen, wie das beim Euro der EU der Fall war.

Desgleichen soll das von Brasilien vorgeschlagene „Objetivo 2006“ genannte Fünfjahresprogramm vorangetrieben werden, demzufolge der gemeinsame Einfuhrzoll der Mercosurpartner in Kraft treten würde. Diese Ziel wurde durch die brasilianische Real-Krise 1999 und durch die argentinische Wirtschaftskrise 01 arg in Mitleidenschaft gezogen. Desgleichen soll der argentinische Vorschlag zur Schaffung einer gesetzgebenden Mercosurkörperschaft Gestalt annehmen. Diese Vorschläge sollen von dem in etwa 60 Tagen vorgesehenen Aussenministertreffen behandelt werden.

Der 24. Gipfel der Mercosurpräsidenten beschloss auch, den Zusammenschluss des Wirtschaftsblocks bei Aussenhandels-Verhandlungen aufrecht zu erhalten, womit gegen den US-Vorschlag über die Form der ALCA-Verhandlungen Stellung genommen wird. Brasiliens Präsident Lula da Silva erklärte, es wäre nicht zulässig, dass bürokratische, technische und wirtschaftliche Erwägungen unser bedeutendes politisches Vorhaben überschatten, während Kirchner den Mercosur die bedeutendste Tatsache unserer Aussenpolitik nannte. Der Block müsse solidarisch, angemessen und mit sozialer Gerechtigkeit wachsen.

waren es noch 60 Tage. Die Durchschnittszinssätze betragen im Dezember 35% im Jahr, am Dienstag knapp über 20%. Am Dienstag fand das Lebacangebot auf 1 und 3 Monate wegen der niedrigen Zinssätze keine Interessenten. Auf 2 Monate fanden sich für 5,5% Jahreszins nur Interessenten für \$ 14 Mio. 57% der Unterbringungen erfolgten auf 1 Jahr zu 19,5%,

knapp einen halben Punkt unter dem letzten Angebot.

Das Statistikamt Indec meldet für Mai einen Rückgang der Industrieproduktion um 1,1% im Vormonatsvergleich und eine Zunahme von 15,3% im Vorjahresvergleich. In den ersten 5 Monaten weist der Vorjahresvergleich ein Plus von 17,6% aus. Mai

BIP-Zunahme im 1.Quartal: 5,4%

Das statistische Amt (INDEC) gab bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2003 um 5,4% über dem gleichen Vorjahresquartal und saisonbereinigt um 2,4% über dem letzten von 2002 lag. Es handelt sich um die erste interanuelle Zunahme seit dem 2. Quartal 1998, als die Rezessionswelle begann. Das gesamte Nettoangebot an Gütern lag im 1. Quartal 2003 um 6,1% über dem Vorjahr, was sich aus der BIP-Zunahme von 5,4% und einer Zunahme der Importe von Gütern und Dienstleistungen von 15,9% ergibt. Was die Gesamtnachfrage betrifft, so fand eine Zunahme von 6,4% beim Export und von 2,2% beim privaten Konsum statt.

Die interanuelle Zunahme des BIP ist auf eine Steigerung der Sachgüterproduktion von 11,5% zurückzuführen, die wiederum durch eine Erhöhung von 18,5% der Industrieproduktion bedingt ist, und von 17,2% bei der Bautätigkeit. Hingegen weisen die Dienstleistungsbranchen eine interanuelle Zunahme von nur 1,5% aus.

Die Investitionen in Maschinen, Anlagen und Bauten nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 20,6% zu und gegenüber dem 4. Quartal 2002 um 10%. Indessen waren die Investitionen 2002 stark zurückgegangen, nämlich im interanuellen Vergleich um 45,4% im 1. Quartal, um 43% im 2. Q., um 36,7% im 3. Q., und um 17,9% im 4. Q.

Zu Marktpreisen von 1993 berechnet und auf ein Jahr hochgerechnet, erreichte das BIP im 1. Quartal 2003 \$ 228,58 Mrd., gegen \$ 235,24 Mrd. im 4. Quartal 2002. Im 3. Quartal 1998 lag das BIP bei \$ 291 Mrd. Gegenüber den \$ 232 Mrd. des 1. Quartals 2002 ergibt sich eine Abnahme von \$ 59 Mrd. oder 20%. Das ist der stärkste Rückgang seit Anfang des vorigen Jahrhunderts und womöglich auch der ganzen argentinischen Geschichte. Von dieser Abnahme wurden jetzt 4,3 Punkte aufgeholt, womit das BIP immer noch um 15,7% unter dem Spitzenwert des 3. Quartals 1998 liegt.

Zu Faktorpreisen, also ohne indirekte Steuern, lagen die entsprechenden Zahlen bei \$ 213,72 Mrd und \$ 221,32 Mrd. Zu laufenden Preisen lag das BIP indessen im 1. Quartal 2003 bei \$ 326,80 Mrd., gegen \$ 312,58 Mrd. im 4. Quartal 2002, was \$ 8.682 oder US\$ 3.100 Dollar pro Kopf darstellt. Im Dezember 2001 betrug das BIP pro Kopf US\$ 7.324.

ist der 2. Monat in Folge mit einem Produktionsrückgang gegenüber dem Vormonat. Betonte Rückgänge gab es bei nichtmetallischen Erzen für das Baugewerbe, -11,1%, bei der metallverarbeitenden Industrie -10,9%, Tabak -8,2% und Fahrzeuge -7,6%. Wie ein Indec-Sprecher erklärte, habe die Kapazitätsauslastung bei Einfuhrsubstitutionen in Ermangelung von Investitionen oft ihre Obergrenze erreicht. 59,3% der befragten Unternehmen sehen deshalb einen gleichbleibenden Inlandsmarkt voraus, 25,9% Zunahmen.

Die Kfz-Neuzulassungen nahmen im Mai im Vormonatsvergleich um 9,9% zu, im Vorjahresvergleich um 0,4% ab, wie der Herstellerverband Adefa bekanntgab. Im Mai wurden 10.186 neue Kfz abgesetzt. In den ersten 5 Monaten 03 wurden 48.207 neue Kfz angemeldet, davon 29.914 Pkw und 14.236 Nfz.

Der Senat hat das Gesetz verabschiedet, demzufolge kulturelle Güter, Zeitungen, Zeitschriften, Verlage, Rundfunk-, Audio- und Digitaldienste, Internetzugänge und Strassenwerbung, soweit sie sich nicht bereits ganz oder teilweise in nicht-argentinischen Händen befinden, in Zukunft höchstens 30% Auslandskapital haben dürfen. Damit wird im Insolvenzfall für Auslandsgläubiger die Weiterführung dieser Unternehmen und Rettung der Arbeitsplätze durch das cram down (Betriebsübernahme durch die Gläubiger oder andere) unmöglich gemacht.

Die Wohngebäudeverwaltungen werden sich in Buenos Aires Stadt zu ihrer besseren Kontrolle in ein Sonderregister eintragen müssen.

Das seien rd. 8.000 Personen oder Unternehmen, die 70% der Stadtbevölkerung betreuen, die von ihren Gebäudeverwaltern künftig die 30 Tage lang gültige Eintragungsbestätigung fordern können. In ihr werden die Eintragung bei der Steuerbehörde, der Wohnsitz und die strafrechtliche Unbedenklichkeit bestätigt. Das Register wird im Internet unter www.buenosaires.gov.ar und bei den 16 CGP-Stellen der Stadtverwaltung frei zugänglich sein. Die Verwalter müssen bei der Stadtregierung jährliche eidesstattliche Erklärungen über ihre Tätigkeit abgeben, womit eine seit 55 Jahren ohne Rechtsordnung durchgeführte Tätigkeit reglementiert wurde. Die Gebäudeverwaltungen setzen jährlich rd. \$ 5 Mrd. um, betreuen 2 Mio. Menschen in 100.000 Gebäuden, von denen 85% die gültigen Bestimmungen nicht kennen und 18% im Zahlungsverzug sind. Die verrechneten Gebäudespesen betragen im Durchschnitt 5% bis 15% der Familieneinkommen.

Das Weltbank-Schiedsgericht für Investitionsstreitigkeiten (CIADI) hat weitere Klagen von Auslandsinvestoren gegen Argentinien, bisher über insgesamt US\$ 2,28 Mrd. angenommen. Es sind Gas Natural BAN, Pioneer Natural Resources mit ihren Tochtergesellschaften Pioneer Natural Resources Argentina und Pioneer Natural Resources Tierra del Fuego, Pan American Energy, die von BP Argentina kontrolliert wird und El Paso En-

ergy International Company, Anteilseignerin von Capex. Dazu kommen u.a. CMS Energy, AES, Sempra Energy und LG&E. Die Klagen wegen der Pesifizierung der Verträge und Einfrierung der Tarife wurden vom Ciadi angenommen. Nun müssen die Schlichtungsausschüsse bestimmt werden.

Der von N. Morita geführte Investmentfonds Southern Cross hat über die Firma Explore Acquisition 81% von CGC (Compañía General de Combustibles) der im Vergleich befindlichen Soldatigruppe übernommen. Die 18 Gläubigerbanken haben der Übertragung zugestimmt. Nun muss Southern Cross, so die Soldatigruppe, die Schuld von US\$ 220 Mio. übernehmen. Morita bietet 15% davon, rd. \$ 70 Mio. und verhandelt über einen Abschlag von 85%.

Die Supermarktkette Disco will am 22.7. 100% ihrer Obligationen für US\$ 250 Mio. mit Fälligkeit 2008 zurückkaufen. Etwa 80% davon befinden sich bereits im Besitz der Disco-Inhaberin Ahold, die die Passiven von Disco bereinigen will, um die Kette günstiger verkaufen zu können. Der Rückkauf erfolgt ohne Abschlag zu 104,9% plus angelaufener Zinsen. Die Aktien wurden am 12.6. von der Börsennotierung zurückgezogen.

Die kanadische Vancouver Maximus Ventures will die 2. Etappe der Erschliessungsarbeiten ihrer 3 Goldvorhaben im argentinischen Nordwesten beginnen. Es soll eine weitere Anzahl von Bohrungen im Cóndor Yacú Vorhaben, Provinz Catamarca, und weitere Versuchsbohrungen nördlich desselben durchgeführt werden.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) gewährt Argentinien 2 weitere Kredite. US\$ 51,9 Mio. für kleine und mittelständi-

sche Unternehmen in der Provinz Rio Negro und 34,1 Mio. für den Fremdenverkehr in der Provinz Salta.

Das neu Planungsministerium hat seine erste Ausschreibung durchgeführt. Sie war für die Restaurierung der Front und der Türme der Wallfahrtskirche von Luján für rd. \$ 5 Mio. Es sei der 1. Schritt im von der Regierung angekündigten Bautenplan.

Die Zahl der Internet-Anschlüsse liegt bei 1,79 Mio., mit 5,2 Mio. Benutzern, gegen 1,41 und 4 Mio. vor einem Jahr, 1,35 und 3,5 Mio. 2001 und 0,9 und 2,4 Mio. 2000.

Ciccione Calcográfica S.A., das Unternehmen, das die Pässe und Personalausweise (Cédulas) anfertigt, hat eine Gläubigereinberufung vor Gericht beantragt. Seit der Abwertung erlitt die Firma einen Verlust von \$ 25 Mio. Auch die Preiserhöhung der Pässe von \$ 75 auf \$ 130, die vor zwei Monaten verfügt wurde, löst das Problem nur zum Teil, da der Preis für Papier, Tinte u.a. Elemente in Dollar berechnet wird. Ciccione erhält jetzt netto \$ 104,10 pro Pass, gegen \$ 41,70 vorher, während der Anteil, den die Bundespolizei erhält, auf \$ 25,90 eingefroren wurde.

Die kanadische Barrick Gold gab bekannt, dass sie in den geschätzten 13 Jahren der Ergiebigkeit des Gold- und Silbervorkommens in Veladero, Provinz San Juan, US\$ 455 Mio. investieren wird. Noch in diesem Jahr sollen es US\$ 130 Mio. sein. Die Förderung, ausschliesslich für die Ausfuhr, soll 06 anlaufen und Devisen für US\$ 150 Mio. im Jahr einbringen. Umweltfragen, wie die die Goldausbeute von Meridian Gold in Esquel zum Scheitern gebracht haben, müssen noch geklärt werden.

heitssteuer („monotributo“) erfind, versuchte er, das steuerliche Problem der kleinen Unternehmen pragmatisch zu lösen. Die Erfüllung der Auflagen des normalen Systems war für diese zu kompliziert, und ein Steuerberater zu kostspielig. Für das Steueramt waren diese Steuerpflichtigen schwer zu kontrollieren, so dass sie in der Praxis fast alle schwarz arbeiteten. Die Schaffung einer Einheitssteuer, mit einem festen Betrag je nach Kategorie, die die MwSt., die Gewinnsteuer u.a. Steuern und auch Sozialabgaben ersetzte, sollte das Problem lösen. Theoretisch war alles in Ordnung; aber in der Praxis entfaltete sich dieses System zu einer gigantischen Hinterziehungsmethode.

Von über 1,5 Mio. eingetragenen Einheitssteuerpflichtigen, zahlt weniger als ein Drittel die Steuer regelmässig. Ausserdem tragen sich diese Kleinunternehmer normalerweise in die niedrigste Kategorie ein, auch wenn ihnen eine höhere zusteht. Das ganze System wird überhaupt nicht kontrolliert; und da dies bekannt ist, tragen sich täglich neue Steuerpflichtige bei der Einheitssteuer ein. Das Steueramt hat nicht einmal ein Informatikprogramm, in dem diese Steuerzahler registriert und die Zahlungen eingetragener werden, damit bei nicht-Zahlung automatisch eine Mahnung erfolgt. Diese Arbeit sollte an ein Privatunternehmen vergeben werden, das sie bestens verrichten würde, handelt es sich doch um ein äusserst einfaches Programm. Die Einheitssteuer ergibt gegenwärtig um die \$ 600 Mi.o. würde jedoch allein durch eine Kontrolle dieser Art gut doppelt so viel ergeben.

Die neuen Massnahmen, die ein Gesetz ändern und somit vom Kongress genehmigt werden müssen, sind folgende:

- Bei Dienstleistungen wird der jährliche Höchstumsatz, der als Hauptbedingung für die Eintragung als Einheitssteuerzahler gilt, halbiert, also von \$ 144.000 auf \$ 72.000 gesenkt. Das ist logisch, da bei Dienstleistungen der Mehrwert höher ist, weil wenig von Dritten bezogen wird. Bei Fabrikation oder Verkauf von Sachgütern werden Rohstoffe und Halbfabrikate gekauft. Somit ist normalerweise bei Dienstleistungen das Nettoeinkommen bezogen auf den Umsatz wesentlich höher.

- Die festen Beträge werden erhöht. Das ist logisch, da sie gegenüber der Inflation zurückgeblieben sind, weil das System keine Indexierung vorgesehen hat.

Diese Ankündigung wurde am Donnerstag wieder rückgängig gemacht.

- Das Sondersystem für Arbeiter und Angestellte von Einheitssteuerzahlern wird abgeschafft. Das ist logisch, da kein stichhaltiger Grund besteht, weshalb ein Arbeitnehmer bei der sozialen Sicherheit anders behandelt werden soll, nur weil sein Arbeitgeber ein anderes Steuersystem geniesst.

- Als Einheitssteuerzahler werden nur Unternehmen zugelassen, die aus einer Person bestehen, also keine Gesellschaften.

Diese Massnahmen haben zur Folge, dass die Zahl der Einheitssteuerzahler stark abnimmt, umso mehr als die Höchstbeträge für den Umsatz auch nicht wertberichtigt wurden. Indessen werden viele zunächst im System bleiben, da es keinerlei effektive Kontrollen gibt.

Flankierende Massnahmen

Ferner soll ein legales System für „eventuelle Steuerzahler“ geschaffen werden. Diese Initiative kam schon vor Jahren auf, wurde jedoch aus unerfindlichen Gründen nie durchgeführt. Es gibt viele Fälle von Personen, die nur ausnahmsweise eine Rechnung ausstellen, sei es, weil sie normalerweise im Abhängigkeitsverhältnis arbeiten, sei es, weil sie pensioniert sind oder einfach nicht arbeiten. Die Eintragung beim Steueramt, auch als Einheitssteuerzahler, lohnt sich in diesen Fällen nicht, und wäre auch steuerlich zu teuer, so dass in diesen Fällen eben schwarz gearbeitet wird, was jedoch bei Unternehmen, die steuerlich geordnete Verhältnisse haben und diesen Gelegenheitsdienst verpflichten wollen, ein Problem darstellt. Das wird jetzt so gelöst, dass der Betreffende eine Rechnung kaufen kann, die nur für diese Kategorie von Steuerzahlern gilt, bei der der Kunde dann 10% als Steuer abzieht. Das ist weniger als die normale MwSt., löst jedoch den Fall.

Wenn Schwarzarbeit aufgedeckt wird, soll nicht nur die Zahlung der Sozialbeiträge, plus Zinsen und Bussen, gefordert werden, sondern auch angenommen werden, dass ein Umsatz im gleichen Umfang des schwarzen Lohnes oder Gehaltes nicht angegeben wurde, so dass auch die MwSt. und die Gewinnsteuer erhoben werden. In der Praxis führt dies zur Schliessung von Unternehmen, da kaum eines dies verkraften kann, so dass die Arbeitslosigkeit

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Massnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Wirtschaftsminister Roberto Lavagna gab am Dienstag ein Massnahmenpaket bekannt, das dazu bestimmt ist, die Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Beiläufig sagte er, dies habe Vorrang vor der Reform des Steuersystems. Endlich scheint er erkannt zu haben, dass es in Argentinien weniger um das System als solches geht, das abgesehen von den Sondersteuern nicht stark von den international üblichen abweicht, sondern um dessen Verwaltung, also um die effektive Eintreibung der Steuern. Die Hinterziehung wird offiziell auf \$ 25 Mrd. geschätzt, wobei private Berechnungen auf über \$ 30 Mrd. ge-

langen. Wenn man die Steuern mit automatischer Eintreibung bei Seite lässt (auf Bankkontenbewegungen, Exportsteuern, Brennstoffsteuern), so ist die Hinterziehungsratenormal hoch, angeblich etwa ein Drittel bei der MwSt., etwa die Hälfte bei der Gewinnsteuer und auch bei den Sozialabgaben, bei denen zwei Drittel der Beschäftigten nicht zahlen, wobei darunter diejenigen mit niedrigen Einkommen stark ins Gewicht fallen. So etwas gibt es sonst nur in Russland und anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Die Einheitssteuer

Als Steuereinspektor Carlos Silvani vor etwa fünf Jahren die Ein-

keit weiter zunimmt. Der Einführung dieser drastischen Massnahme, die steuertechnisch durchaus korrekt ist, müsste eine Weisswaschung vorangehen, die den betroffenen Unternehmen die Möglichkeit gibt, die Arbeiter und Angestellten, die schwarz arbeiten, einfach einzutragen, ohne für die vergangene Hinterziehung aufzukommen. Die Arbeitnehmer hätten dann allerdings nur ab Legalisierung ihrer Lage ein Anrecht auf die zukünftige Pension, so dass sie die ohne Sozialbeiträge gearbeiteten Jahre nicht berechnen dürfen. Dies sieht wie eine Belohnung für diese Hinterziehung aus, ist jedoch die einzige Möglichkeit, um reinen Tisch zu schaffen und ein so strenges System anwenden zu können, wie es jetzt vorgesehen ist.

Ebenfalls sollen die Strafen für die Ausgabe falscher Rechnungen erhöht werden, wobei auch eine solidarische Verantwortung zwischen Käufer und Verkäufer eingeführt wird. Bei Einheitssteuern sind falsche Rechnungen einfacher, da keine Kontrolle besteht und auch kein Zwang, eine ordentliche Buchführung vorzulegen.

Die fehlenden Kontrollen

Das Problem der Einheitssteuer wird nur durch eine effektive Kontrolle gelöst, die das Steueramt nicht durchführt und wohl kaum vollziehen kann. Das gleiche Problem stellt sich bei Schwarzarbeit und den Registrierkassen mit Datenspeicherung, die nur dem Steueramt zugänglich ist („controladores fiscales“). Das Steueramt beabsichtigt jetzt, ein tausend Studenten der Wirtschaftswissenschaften und des Rechtes als vorübergehende Arbeitnehmer („pasantes“) zu verpflichten, damit sie all diese Kontrollen vollziehen, und auch prüfen, ob die Ware bei Lastwagen auf Überlandstrassen im MwSt-System eingeschlossen ist.

Diese Kontrollen sollten an Privatfirmen übergeben werden, da das Steueramt nicht in der Lage ist, diese Inspektoren, die den ganzen Tag auf der Strasse sind und angeblich viele kleine Kontrollen durchführen, zu kontrollieren. Bei der Einheitssteuer geht es nur darum, zu prüfen, ob der Betreffende in die richtige Kategorie eingetragen ist und seine Steuer regelmässig zahlt. Bei den Registrierkassen handelt es sich darum, zu prüfen, ob sie nicht gelegentlich abgeschaltet werden, oder gewisse

Verkäufe einfach nicht registriert werden. Das ist schon etwas komplizierter, da dies eine gewisse Analyse erfordert, um den effektiven Umsatz festzustellen. Bei Schwarzarbeit wiederum ist der Fall einfach; aber hier untersteht die Kontrolle dem Arbeitsministerium, das jedoch über sehr wenige Inspektoren verfügt und somit in der Praxis kaum etwas kontrolliert. Sonst wäre es nicht möglich, dass bei Baustellen die Hälfte schwarz arbeitet.

Abschaffung des Amtes für Eintreibung von Sozialabgaben

Das von Cavallo 2001 geschaffene „nationale Institut für die Einnahmen der sozialen Sicherheit“ (auf spanisch mit dem Kürzel INARSS bekannt) wird aufgelöst, so dass das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP), sich wieder mit dieser Aufgabe befassen muss, wie es seit 1994 der Fall war. Damals hatte Cavallo die Eintreibung von der ANSeS, der Verwaltung für die soziale Sicherheit, auf das Steueramt verlagert, mit dem Konzept, es sei rationeller, dass die Steuerkontrolle gesamthaft erfolgt, also auch Sozialabgaben umfasst.

In der Praxis stieg jedoch dabei die Hinterziehung bei den Sozialabgaben. Die Gewerkschaften, die sich vor 1994 selber mit der Eintreibung der Beiträge zu den Sozialwerken befassen, merken sofort, dass die Übertragung dieser Tätigkeit auf das Steueramt zu höherer Hinterziehung führte. Mehrere grosse Gewerkschaften verpflichteten daraufhin eine Privatfirma für die Kontrolle, die dabei sehr erfolgreich war. Das Steueramt hätte die gleiche Firma beauftragen können, auch die Beiträge zu den Rentenkassen zu kontrollieren, da die Grundarbeit, nämlich die Feststellung der effektiv gezahlten Löhne, schon verrichtet worden ist. Statt dessen wurde ein neues staatliches Amt geschaffen, das bei dieser Aufgabe kläglich versagte. Die Auflösung des INARSS bedeutet auf alle Fälle eine Ersparnis an bürokratischen Ausgaben.

Kontrolle der Eintragungen und Qualifizierung der Steuerzahler

Neue Steuerzahler müssen eine Eintragsnummer fordern, die als CUIT bekannt ist. Das war bisher ein automatischer Vorgang. In Zukunft soll dabei eine Kontrolle erfolgen, bei der das Vermögen

und das Einkommen des Antragstellers geprüft werden. Das erscheint als eine unnötige Komplikation, die in manchen Fällen dazu führen dürfte, dass Kleinunternehmer, die schwarz arbeiten, dem Steuersystem nicht beitreten, da ihnen dies Schwierigkeiten verursacht. Die neuen Steuerzahler können während sechs Monaten nur eine Sonderrechnung ausstellen, die mit einem M bezeichnet wird; erst danach, wenn sie sich gut genommen haben, sollen sie in das normale System aufgenommen werden. Während der Übergangszeit soll bei Lieferungen an diese neuen Steuerzahler eine Einbehaltung von 100% der MwSt. erfolgen, so dass sie die doppelte MwSt. zahlen. Das klingt etwas merkwürdig, da sich dann in vielen Fällen ein Überschuss ergibt, den das Steueramt jedoch nicht zurückgibt.

Die Steuerzahler sollen in Zukunft von 1 bis 5 benotet werden. Dabei soll die korrekte und pünktliche Zahlung und Abgabe der eidestattlichen Erklärungen u.a. Umstände berücksichtigt werden. Diese Qualifizierung soll u.a. dazu dienen, die Steuerinspektionen auf fragwürdige Steuerpflichtige zu lenken. Dieses System kann das Steueramt in der Praxis nicht verwalteten, da es theoretisch voraussetzt, dass die Akten sämtlicher Steuerzahler durchgekämmt und geprüft werden. Bei der Qualifizierung würden zahlreiche Fehler unvermeidlich sein, was dann langwierige Amtsschritte mit sich bringt. Es erscheint ausserdem wenig sinnvoll, da das Steueramt ohnehin wissen sollte, wie sich die Steuerzahler verhalten. Dann sollen Listen mit schlecht benoteten Steuerzahlern veröffentlicht werden, so dass deren Lieferanten u.a. davon Notiz nehmen und sie eventuell schlechter behandeln. Es wäre eine Wirkung ähnlich wie die der Agenturen Veraz oder Fidelitas, wenn sie über säumige Unternehmen u.dgl. berichten. Die Frage, die hier offen bleibt, ist, ob die gut benoteten Steuerzahler mit einem Rabatt belohnt werden. Die ganze Initiative würde man auf gut deutsch als Schnapsidee bezeichnen.

Die Inspektoren sollen in Zukunft die Möglichkeit haben, bei Einzelhandelsgeschäften, Restaurants, Bars u.dgl. aufzutreten, wie wenn sie gewöhnliche Kunden wären, ohne sich als Beamte des Steueramtes zu identifizieren. Sie sollen somit Verkäufe ohne Rechnung aufdecken können. Das dürfte wirksam sein, da man oft ohne

Schwierigkeiten beobachten kann, dass keine Rechnung ausgestellt, noch ein Ticket vergeben wird.

Massnahmen für Grossunternehmen

Bei Exporten von Commodities, bei denen das Zollamt jeweils einen täglichen Referenzpreis festsetzt, soll der Preis zum Zeitpunkt der Verschiffung für die Berechnung der Exportsteuern genommen werden, statt des Preises zum Zeitpunkt, an dem das Geschäft getätigt wird. Das erscheint unlogisch, da der Exporteur den Preis mit dem Verkäufer im Inland und dem Käufer im Ausland vorher verpflichtet, und somit das Risiko laufen würde, dass er dann mehr an Exportsteuer zahlen muss, so dass er eventuell einen Verlust erleidet. Diese Änderung wurde mit einer besseren Kontrollmöglichkeit begründet, was jedoch in keiner Weise zutrifft, so dass sie unverständlich ist.

Kredite, die aus Steuerparadiesen stammen, sollen als Vermögen des Empfängers angesehen werden, da angenommen wird, dass es sich um eigene Gelder handelt. Indessen können diese Geschäfte (die als „back to back“ bezeichnet werden) genau so gut über Banken in den USA, der Schweiz oder anderen Staaten durchgeführt werden, die keine Steuerparadiese sind. Die Kredite müssten somit über diese Länder umgeleitet werden. Juristisch ist der Fall besonders schwierig, wobei es in der Praxis nur Annahmen, aber keine Beweise über diese Eigenkredite gibt.

Bei ausländischen Gesellschaften, die keinen Wohnort in Argentinien haben, sollen schärfere Kontrollen eingeführt werden. AFIP-Direktor Abad wies darauf hin, dass sich 1.500 Gesellschaften dieser Art eingetragen haben, davon 60% aus „einem Nachbarland“ (Uruguay). Ein grosser Teil dieser Gesellschaften sei fiktiv, dient also nur der Steuerhinterziehung. Auf diese Weise werden Vermögen, die schwarz sind und vom Inhaber somit nicht deklariert werden können, in Argentinien eingesetzt. Eine effektive Kontrolle müsste jedoch so weit gehen, die Aufdeckung der Inhaber dieser Gesellschaften im Ausland bekanntzugeben, wozu das Steueramt nicht befugt ist.

Die Verantwortung für Steuerverbrechen, bei denen persönliche Haft als Strafe besteht, soll auf Berater u.a. Beteiligte ausgedehnt werden. Das dürfte zu energischem Protest von Steuerberatern

und Anwälten führen, die sich in Strafprozesse verwickelt sehen können, auch wenn sie mit dem Hinterziehungsmanöver nichts zu tun haben, nur weil sie beratend tätig waren, und auch wenn sie vor den Gefahren der Hinterziehung gewarnt haben. Das riecht sehr nach einer totalitären Rechtsordnung.

Bei Korrektur von sogenannten „Transferenzpreisen“, also Preisen von Käufen von und Lieferungen an ein Mutterhaus, und auch bei Zahlung von Royalties u.a. Transaktionen dieser Art, soll eine Busse von 0,5% erhoben werden. Diese Fälle sind besonders schwer zu beweisen. Normalerweise kaufen die lokalen Unternehmen zu korrekten Preisen im Ausland, wobei es ihnen konveniert, niedrigere Preise anzugeben, um Zölle zu sparen. Dass höhere Preise gezahlt werden, um auf diese Weise Ge-

winne zu transferieren, dürfte eine absolute Ausnahme sein, bei der ausserdem der Beweis besonders schwer zu erbringen ist.

Bei der Landwirtschaft sollen Satellitenaufnahmen zwecks Kontrolle der Angaben über Ernten und Rinderbestand verwendet werden. Diese Aufnahmen erfordern jedoch eine komplexe Interpretation. Es ist kaum anzunehmen, dass das Steueramt in der Lage ist, diese Tätigkeit zu verrichten. Denn auch viele einfache Kontrollen werden kaum durchgeführt.

Alle diese Massnahmen dürften das Steueraufkommen nur wenig verbessern. Es bestehen viele Möglichkeiten effektiver Kontrollen, mit privater Mitwirkung. Das ist jedoch für diese staatswirtschaftlich eingestellte Wirtschaftsführung ein Gräuel.

Auftakt für die Umschuldung

Finanzsekretär Guillermo Nielsen unternahm dieser Tage abermals eine Rundreise, zunächst in Europa, um Kontakt mit den Sprechern der Inhaber argentinischer Staatsbonds aufzunehmen, die seit anderthalb Jahren in Default sind. Im Vorjahr hatte Nielsen bereits Gespräche in Europa, USA und Japan im gleichen Sinn geführt. In Deutschland und Italien haben sich bereits zahlreiche Bondsinhaber organisiert und Sprecher bestimmt, mit denen Nielsen verhandeln soll. Auf alle Fälle werden die Geschäftsbanken in allen Ländern, in denen sich Bondsinhaber befinden, namens ihrer Portefeuille-Kunden ebenfalls Vorverhandlungen führen. Nielsen verhandelte in London, Paris, Zürich, Brüssel und Den Haag mit Bankiers und Finanzbeamten.

In Zürich wartete Nielsen mit der Nachricht auf, dass die Regierung ihren Umschuldungsplan der Bonds in Default am 23. September in Dubai anlässlich der Generalversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vorstellen wird. Ein Seminar über Argentinien soll hierfür erhalten.

Zur Diskussion stehen vier Variablen. Einmal hinsichtlich des Kapitals die Karenzjahre, während denen keine Kapitalfälligkeiten getilgt werden, ferner die Laufzeit bis zur Abzahlung und dann ein möglicher Kapitalschnitt. Die Zinssätze der künftigen Bonds, die die jetzigen ablösen sollen, bilden die vierte Variable. Je nachdem wie diese vier Variablen geregelt werden, stellt sich ein Gegenwarts-

preis (Englisch „present value“) der neuen Bonds heraus.

Des Weiteren müssen die Währungen der neuen Bonds (Dollar, Euro, Yen), der Gerichtstandssitz (New York, London, Frankfurt, Tokio) und andere Klauseln vereinbart werden. Eine Klausel betrifft die sogenannte Kollektivaktion (Englisch „class action“), wonach eine qualifizierte Mehrheit, lies drei Viertel der Stimmrechte der Bondsinhaber, die Bedingungen der Bonds neu aushandeln darf. Diese Klausel wurde bereits erstmals in jüngsten Bondemissionen von Mexiko und Brasilien in New York eingebaut, wie es längst Usus am Londoner Finanzplatz ist. In New York galt bisher die Einstimmigkeit, die jegliche Neuaushandlung verunmöglicht. Beide Präzedenzfälle dürften auf die Verhandlungen mit den Inhabern argentinischer Bonds abfärben.

Die Verhandlungen über diese massive Umschuldung betreffen die betragsmässig grösste der Finanzgeschichte in der Welt, wo seit zweihundert Jahren zahllose Umschuldungen über die Bühne gelaufen sind, zahlreiche auch von Argentinien als Staatsschuldner seit anderthalb Jahrhunderten.

Damit die Umschuldung gelegentlich gütlich abgeschlossen werden kann, muss das argentinische Schatzamt im Haushalt einen Primärüberschuss in Pesos zwecks Zinszahlungen der Staatsschulden erwirtschaften, der letzterem Ziel gerecht wird. Im jetzigen Haushalt ist erstmals seit Jahrzehnten ein solcher Primärüberschuss veran-

kert worden, der angeblich 2,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen soll. Ob sich das verwirklichen lässt, muss abgewartet werden, zumal die Voraussetzungen, auf denen sich die Berechnung des Primärüberschusses stützten, inzwischen überholt sind, darunter die Schätzung des BIP von \$ 530 Mrd., der mutmassliche Wechselkurs von \$ 3,20 je US\$ und die Jahresinflation von 22%. Das BIP dürfte näher bei \$ 300 Mrd. liegen, der Wechselkurs schwankt gegenwärtig um \$ 2,80 je US\$, ohne dass ein anderer Kurs vorweggenommen werden kann, und die Inflation ist sogar vorübergehend in eine Preisstabilität gemündet, die freilich mitnichten fest verankert ist.

Da die Umschuldung, sofern sie zustande kommt, keinesfalls vor Jahresende über die Bühne laufen wird, muss als Ausgangspunkt ein Primärüberschuss für 2004 angenommen werden, mit dem nicht nur die Staatsschuld von rund US\$ 100 Mrd. zinsmässig bedient wird, die bisher nicht in Default erklärt worden ist, sondern auch die Defaultbonds von angenommenen US\$ 66,7 Mrd. Es handelt sich um 152 Bonds, die in acht verschiedenen Gerichtstandssitzen angesiedelt sind, in sechs Währungen ausgegeben worden sind und angeblich von rund 700.000 Inhabern gehalten werden.

Wie es mit den nicht bezahlten Zinsen der Jahre 2002 und 2003 bestellt sein wird, notabene zu den neuen Sätzen der neuen Umschuldungsbonds, wird ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen sein. In bisherigen Umschuldungen anderer Staatsschuldner (Russland, Ukraine, Pakistan, Ecuador, Peru) von Defaultschulden, Bonds und andere, wurden die angelaufenen Zinsen zu den neuen Sätzen vom Zeitpunkt des Defaults bis zur endgültigen Umschuldung bezahlt, ehe die neuen Konditionen gelten.

Ob das mit Argentinien machbar ist, erscheint in Hinblick auf die Grössenordnungen, gleich zu welchen neuen Zinssätzen, kaum glaubhaft. Der Umschuldungsbetrag ist sicherlich zu gross, als dass die Zinsen zweier Jahre auf den Tisch des Hauses geblättert wer-

den könnten, ehe die neuen Bonds ausgegeben werden. Deshalb werden stets höhere Beträge als US\$ 66 Mrd. herungereicht, indem die Zinsen der beiden Jahre hinzugezählt und zum Schuldkapital gezählt werden, ohne dass diese Berechnung explizit erklärt wird.

Wie immer es zum Abschluss kommen mag, hat Wirtschaftsminister Roberto Lavagna dieser Tage eine neue Variante vorgetragen, als er den Faktor BIP-Zuwachs einflocht. Das soll im Klartext heissen, dass bei zunehmendem BIP Argentinien bereit sein würde, mehr zu zahlen, ob Zinsen oder Kapital wurde nicht geklärt. Die Variante geht zurück auf einen Passus der Antrittsrede Präsident Kirchners vor versammeltem Kongress, als er sagte, dass Argentinien zwar seine Schulden regeln, aber das mit dem Wirtschaftswachstum verbinden wolle. Finanzsekretär Nielsen hat diese Variante in Europa vorgetragen. Sie soll sich auf 25% der neuen Bonds beschränken und konjunkturkonform wirken.

Diese Variante ist sicherlich abwegig. Schulden und Zinsen sind buchhalterische Grössen, wogegen das BIP auf einer groben Schätzung des erwirtschafteten Mehrwerts beruht. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Zudem dürfte es ein schwieriges Erwachen geben, sollte die Wirtschaft wieder kräftig wachsen wie in den neunziger Jahren bis 1998, weil dann die Importe zunehmen und die Exporte überflügeln, so dass der Überschuss der Leistungsbilanz abnimmt oder sogar verschwindet, mit dem der Primärüberschuss im Schatzamt zwecks Bedienung der Auslandsschulden befriedigt wird.

Eine Verbesserung der Zins- und Kapitalzahlungen kann bestenfalls auf dem guten Willen beruhen, sollten die makroökonomischen Umstände das ermöglichen. Bei der landesüblichen Ausgabenwut argentinischer Politiker bei gleichzeitiger massiver und geduldeter Steuerhinterziehung erscheint eine Anhebung der Zahlungen an ausländische Bondsinhaber wie ein politisches Wunder, das nicht glaubhaft ist.

MOREL & LOPEZ GAUDIERO

Rechtsanwälte

Argentische Auslandsschulden

- Vertretung von Inhabern argentinischer Staatspapiere
 - Rechtsschritte in Argentinien
 - Spezialisiert auf Verantwortungen des Staates-Risikobnoten-Banken
- Auskünfte-Beratung-Prokura**
Sarmiento 846 - 6. Stock (CP 1041) Buenos Aires - Argentinien
e-mail: morellopezgaudio@ciudad.com.ar